



Armenien-Resolution

„Es war Völkermord“, beschloss der Bundestag. Die Türkei reagierte empört, die türkischen Armenier sind zwischen Hoffen und Bangen



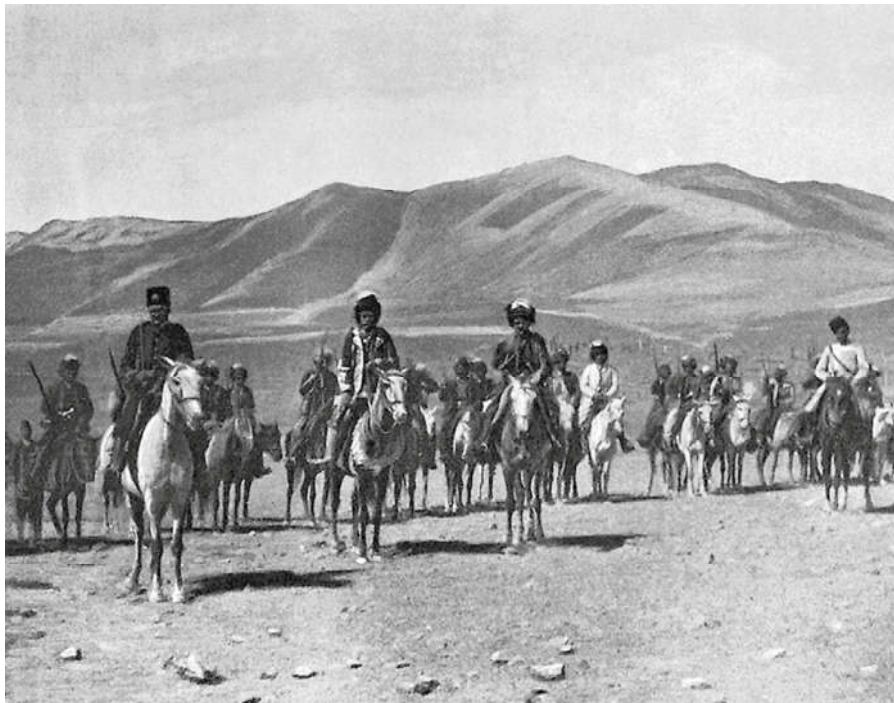
AUS BERLIN PASCAL BEUCKER

Die Reaktion folgte prompt. Nicht einmal eine Stunde, nachdem der Bundestag seine Resolution zum Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich beschlossen hatte, rief die Türkei am Donnerstagmittag ihren Botschafter aus Berlin zurück. Außerdem wurde der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Ankara ins türkische Außenamt zitiert. Mit seinem Beschluss habe das deutsche Parlament einen „historischen Fehler“ begangen, erklärte der türkische Regierungssprecher Numan Kurtulmus.

Dabei hatte Bundespräsident Norbert Lammert zu Beginn der Debatte noch ausdrücklich die Vertreter der türkischen wie auch der armenischen Botschaft begrüßt. Er freue sich, dass sie sich „ein persönliches Bild davon machen, wie ernsthaft und differenziert der deutsche Bundestag mit diesem Thema umgeht“.

Genutzt hat es jedoch nichts, wie die Reaktionen Ankaras zeigen. Es könnte nicht angehen, „die Geschichte anderer Länder mit grundlosen und unverantwortlichen Resolutionen im Parlament anzuschwärzen“, nur um die dunklen Kapitel der eigenen Geschichte zu überdecken, wetterte die türkische Außenministerin Mevlüt Çavuşoğlu.

Davon kann jedoch keine Rede sein. In der rund einstündigen Aussprache wiesen vielmehr alle Fraktionen am Donnerstag auf die deutsche Miterwaltung an dem Massenmord an bis zu 1,5 Millionen Armeniern in den Jahren 1915 und 1916 hin. Ein Parlament sei zwar „kein Historikerkommission und ganz gewiss kein Gericht“, sagte Lammert. Aber der Bundestag dürfe „unbequeme Fragen und Antworten nicht aus dem Weg gehen“. Denn als enger Verbündeter des Osmanischen Reichs habe „das Deutsche Reich selbst Mitschuld auf sich geladen“. Scharf verurteilte er die massiven Einschüchterungsversuche, denen sich insbesondere Abgeordnete mit türkischem Familienhintergrund bis hin zu Morddrohungen im Vorfeld ausgesetzt gesehen haben.



Mord zu Pferd: Die Hamidiye-Kavallerie (1901) spielte eine wichtige Rolle bei Massakern an Armeniern 1894–96 Foto: CPA Media/picture alliance

Mit Wahrheit zum Frieden

BEKENNTNIS In seltener Geschlossenheit votierten die Parlamentarier fast einstimmig für die Verurteilung des armenischen Genozids. Auch die Rolle der Deutschen wurde kritisiert. Die Türkei reagierte erbost

Der SPD-Parlamentarier Rolf Mützenich betonte ebenso „die deutsche Mitschuld“ wie der Linkspartei-Abgeordnete Gregor Gysi, der von einer „Beihilfe zum Völkermord“ sprach. „Dass wir in der Vergangenheit Komplizen dieses furchtbaren Verbrechens geworden sind, darf nicht heißen, dass wir heute zu Komplizen der Leugner werden“, sagte der grüne Parteivorsitzende Cem Özdemir.

Gysi und Özdemir schlugen den Bogen zum Genozid an den Herero und Nama in den Jahren

1904 bis 1908. Zu diesem dunkelsten Kapitel deutscher Kolonialgeschichte müsste sich der Bundestag ebenfalls „klar und unmissverständlich“ äußern, forderte Gysi. „Auch dieser Völkermord wartet darauf, aufgearbeitet zu werden“, so Özdemir.

Einig waren sich alle Redner in ihren Appellen an die Türkei, endlich historische Tatsachen anzuerkennen und den Weg der Aufarbeitung zu gehen. „Die heutige Regierung in der Türkei ist nicht verantwortlich für das, was vor 100 Jahren

geschah“, sagte Lammert. „Aber sie ist mitverantwortlich für das, was daraus in Zukunft wird.“

Die gemeinsam von Union, SPD und Grünen vorgelegte Resolution sei „keine Anklageschrift, sondern eine Verneigung vor den Opfern“, sagte auch der SPD-Abgeordnete Dietmar Nietan. Der CDU-Abgeordnete Franz Josef Jung versicherte ebenfalls, die Türkei solle nicht an den Pranger gestellt werden. Die Intention sei vielmehr, „einen neuen Impuls der Versöhnung“ zu setzen.

Es gehe darum, sekundiert nicht minder pathetisch sein Fraktionskollege Hans-Peter Uhl von der CSU, „mit dem Blick der Wahrheit zurückzuschauen, um mit dem Blick des Friedens nach vorne schauen zu können“.

Einig waren sich alle Fraktionen in ihrer Zustimmung zu der Resolution. So beklagte Gregor Gysi nur, dass die Linkspartei ebenfalls, die Geheimschaft der Union nicht mit zu den Antragstellerinnen gehören durfte. Diese ungewohnte Geschlossenheit zeigte sich auch bei der Abstimmung: Es gab

nur eine Gegenstimme und eine Enthaltung. Allerdings zog es so mancher Abgeordneter vor, der heiklen Entscheidung fernzubleiben.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier fehlten, offiziell aus Termingründen. Auf der Regierungsbank saßen nur die Minister Thomas de Maizière, Andrea Nahles, Hermann Gröhe und Peter Altmaier. Das Wort ergriff keiner von ihnen.

„Deutschland hätte das viel früher tun müssen“

DEBATTE Nützt den Armeniern die gestern verabschiedete Resolution des Deutschen Bundestags? Oder werden die Fronten dadurch nur noch mehr verhärtet? Der Chefredakteur der armenisch-türkischen Wochenzeitung „Agos“, Yetvart Danzikyan, äußert sich dazu im taz-Interview

taz: Herr Danzikyan, was bedeutet die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch den deutschen Bundestag für Sie?

Yetvart Danzikyan: Es ist für mich eine etwas schwierige emotionale Situation. Der Gründer und frühere Chefredakteur von Agos, Hrant Dink, der im Januar 2007 ermordet wurde, hat ja die Position vertreten, man solle in der türkischen Öffentlichkeit erst einmal darüber reden, was 1915/16 wirklich passiert ist, bevor man darüber streitet, ob es sich um einen Völkermord handelt oder nicht, und die Entscheidung am Ende dieser Debatte fallen und nicht schon zu Beginn.

Und heute?

Mittlerweile sind aber zehn Jahre einer zeitweise sehr intensiv geführten Debatte vergangen und kritisch denkende Intellektuelle in der Türkei sind

längst selbst zu dem Schluss gekommen, dass damals ein Völkermord an den Armeniern verübt wurde. Deshalb bin ich persönlich jetzt der Überzeugung, dass es gut ist, wenn auch der Deutsche Bundestag diese Position bekräftigt. Denn ohne äußeren Druck bewegt sich die türkische Regierung ja nicht.

Gibt es Stimmen innerhalb der armenischen Gemeinde, die nach wie vor sagen, bitte nicht, das schadet uns nur?

Natürlich gibt es immer noch viele, eher unpolitische Armenier, die fürchten, durch die ganze Diskussion ins Rampenlicht gezerrt zu werden. Bislang ist aber von einer zunehmenden der neuerlichen Repression gegen Armenier nichts zu spüren.

Sehen Sie einen Unterschied darin, ob frühere Kriegsgegner des Osmanischen Reichs wie Frankreich, Großbritannien und Russland Resolutionen zum Völkermord verabschiedet, oder der damalige Verbündete Deutschland?

Je mehr die deutschen Archive durchgearbeitet werden, je mehr daraus publiziert wird, umso schwieriger wird es für die türkische Regierung, ihre Position der Leugnung des Genozids durchzuhalten.

Die Türkei bietet Armenien ja immer wieder an, in einer gemeinsamen Historikerkommission über die damaligen Er-

ein anderes Gewicht, als wenn das der damalige Kriegsgegner tut. Nicht nur symbolisch, sondern auch ganz praktisch. Denn in den deutschen Akten finden sich ja die Beweise für den Völkermord. Deutschland kann das ja mit viel größerem historischen Gewicht darlegen als Frankreich oder England. Deutschland hätte das viel früher tun müssen.

Können die Deutschen denn noch etwas tun, um den Prozess der Wahrheitsfindung in der Türkei zu unterstützen?

Ja mehr die deutschen Archive durchgearbeitet werden, je mehr daraus publiziert wird, umso schwieriger wird es für die türkische Regierung, ihre Position der Leugnung des Genozids durchzuhalten.

einiges zu forschen. Wäre es sinnvoll, wenn die Bundesregierung sich da mit dem deutschen Aktenbestand einbringen würde?

Armenien lehnt eine solche Kommission mit dem Argument ab, über den Völkermord als solchen gibt es nichts mehr zu besprechen. Schließlich würde sich Israel ja auch nicht mit Deutschland an einen Tisch setzen, um darüber zu diskutieren, ob der Holocaust stattgefunden hat. Aber wenn es unterhalb dieser grundsätzlichen Ebene einmal zu Gesprächen zwischen der Türkei und Armenien kommt, wäre es natürlich sehr wünschenswert, wenn Deutschland sich dabei einbringt.

Glauben Sie, dass die Bundesregierung dazu beitragen könnte, die Blockade zwischen der Türkei und Armenien zu beenden?

Ich denke, Deutschland könnte

schon eine aktiver Rolle spielen. Wenn Bundeskanzlerin Merkel Zeit hat, wegen der Flüchtlingspolitik in wenigen Monaten fünfmal in die Türkei zu kommen, könnte sie bei entsprechendem politischem Willen sicher dazu beitragen, eine internationale Vermittlungsmission zwischen Armenien und der Türkei zu gründen. Ob das etwas nützt, müsste man dann sehen.

INTERVIEW JÜRGEN GOTTSCHLICH

Yetvart Danzikyan

■ geboren 1969, gehörte 1995 zu den Gründungsmitgliedern der Wochenzeitung Agos, deren Chefredakteur er seit 2014 ist.



Foto: agos